

Hauptantrag

Antrag an die...

Initiator_nnen: Bernd Pinzer (Fraktionsdirektor)

Titel: Programm für die Gemeinderatswahl 2025

Antragstext

1 **FIRST THINGS FIRST: DER Reform-KOMPASS FÜR DEINE**
2 **GEMEINDE**

3 Regionen, Städte und Gemeinden sind einem stetigen Wandel unterzogen.
4 Gegenwärtig findet dieser Wandel immer schneller und umfassender statt. Länder,
5 Gemeinden und Kommunen sind daher gut beraten, sich evidenzbasiert und
6 frühzeitig mit Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, den damit
7 einhergehenden infrastrukturellen Anforderungen, Veränderungen, die unsere
8 Umwelt für uns bereithält, bis hin zu Gemeindeorganisation und Finanzsituation
9 auseinanderzusetzen.

10 Die gute Nachricht: Demographie in der Gemeinde ist keine Raketen-Wissenschaft.
11 Es gibt externe und interne Faktoren, die hier eine Rolle spielen. Sie alle sind
12 unter den Aspekten, Wachstum, Stagnation und Rückgang zu bewerten. Ausgangspunkt
13 für jegliche Zukunftsgestaltung im Einklang mit den demographischen
14 Entwicklungen in der Gemeinde ist eine ehrliche und aufrichtige
15 Eröffnungsbilanz, die die Feststellung des derzeitigen Status Quo zum Ziel hat –
16 Der Reform-Kompass für die Gemeinde.

17 Hier kommen die bereits erwähnten externen und internen Faktoren ins Spiel.

18 Unter **externen Faktoren** versteht man vor allem Aspekte der
19 Bevölkerungsentwicklung, insbesondere:

- 20
- Zuzug, Abwanderung, Geburten und Todesfälle

- 21 • Bevölkerungswandel in der Gemeinde
 - 22 ◦ Wohnen in der Gemeinde
 - 23 ◦ (Klein-) Kinderbetreuung
 - 24 ◦ Kindergarten und Schule
 - 25 ◦ Gesundheit und Pflege
- 26 • Klima und Umwelt und grüne Energie in der Gemeinde
 - 27 ◦ Klimaanpassungsmaßnahmen im Gemeindegebiet
 - 28 ◦ Grüne Energie in den Gemeinden
 - 29 ◦ Personennahverkehr - Mobilitätswende und "Last-Mile-Problematik"
- 30 • Einnahmen aus Kommunalsteuern/Bedarfszuweisungen und aufgabenorientierter
31 Finanzausgleich
 - 32 ◦ Finanzsituation der Gemeinde
 - 33 ◦ Arbeit und Wirtschaft
- 34 • Zusammenleben in der Gemeinde / kulturelle Vielfalt als Chance
 - 35 ◦ Gelingendes Zusammenleben
- 36 **Interne Faktoren** sind in der Zusammenfassung dessen zu finden, was die Gemeinde
37 an personellen und institutionellen Planungen im eigenen Wirkungsbereich
38 besorgen kann, um die Auswirkungen der angeführten externen Faktoren abzufedern
39 und Wachstums-, Stagnations- und Rückgangstendenzen zum Wohl der Bürger:innen zu
40 gestalten.
- 41 • Bürger:innenservice & effiziente Verwaltung
 - 42 ◦ Der One-Stop-Shop für Bürger:innenanliegen & Digitalisierung
 - 43 ◦ Digitales Gemeindeamt/digitale Amtstafel/digitaler Amtsweg
 - 44 ◦ Hilfestellung für jene, die mit dem digitalen Zeitalter nicht
45 Schritt halten
 - 46 ◦ Personalplanung
 - 47 ◦ Ressourceneinsatz
- 48 • Politik und Gemeinderat

- 49 ◦ Transparenz
- 50 ◦ Politiker:innenverantwortung
- 51 ◦ Europa in deiner Gemeinde – vom Großen ins Kleine

52 Um die Zukunft gestalten zu können, ist es erforderlich, sich proaktiv und ohne
53 Scheuklappen mit ihr auseinanderzusetzen. Daher fordern NEOS für den Zeitraum
54 von 5, 10 und 50 Jahren:

- 55 • Adäquate kurz-, mittel- und langfristige demographische Planung der
56 externen und internen Faktoren in jeder niederösterreichischen Gemeinde
57 sowie daraus abgeleitete Entwicklungsstrategien

58 **Im Detail bedeutet das für ein gelingendes Gemeindemanagement, dass nachstehende**
59 **Teilaspekte in den Fokus der politischen Planungen und organisatorischen**
60 **Maßnahmen in unseren niederösterreichischen Gemeinden gestellt werden, daher**
61 **bilden sie auch den Kern unseres Gemeinderatswahlprogrammes für die**
62 **Gemeinderatswahlen 2025:**

63 **Zuzug, Abwanderung, Geburten und Todesfälle**

64 Diese grundlegenden Parameter, sind für alle Gemeinden die absolute Basislinie
65 jeglicher Planung für die zukünftige Entwicklung. Deshalb ist es von großer
66 Bedeutung, dass sich Gemeindeverantwortliche über diese Faktoren im Klaren sind.
67 Wächst die Gemeinde? Stagniert sie? Oder ist sie in manchen Bereichen sogar von
68 Rückgang betroffen? Die Antwort auf diese Fragen bildet die Grundlage für
69 Maßnahmen, die zur Deckung der Bedürfnisse der Gemeindebürger:innen zu treffen
70 sind.

71 **Bevölkerungswandel in der Gemeinde**

72 Nicht nur die bloße Einwohner:innenanzahl bestimmt die Notwendigkeiten kluger
73 Gemeindepolitik sondern - und zukünftig verstärkt - ist es vor allem die
74 demographische Zusammensetzung der Gesellschaft, die vorgibt, was zu einem guten
75 Leben beiträgt. Daher müssen die wesentlichen Aspekte direkter Daseinsvorsorge
76 in jede gewissenhafte Planung aufgenommen werden. Für uns sind dies vor allem
77 **Wohnen, Kinderbetreuung, Kindergarten & Schule, sowie Gesundheit & Pflege.**

78 ***Wohnen in der Gemeinde***

79 Aktuell werden die Herausforderungen für jene, die in niederösterreichischen
80 Gemeinden Wohnraum suchen oder gar Wohneigentum begründen wollen immer größer.
81 Immer stärker klaffen das verfügbare Einkommen von Haushalten und die
82 Immobilienpreise auseinander. Auch steigen die Baupreise immer weiter. Hier gibt
83 es eine Preissteigerung von 10,3 % im Vergleich zum 3. Quartal 2021. Gegenüber
84 Q2/2022 legten die Baupreise um 2,2 % zu.

85 Das Eigenheim ist damit für viele nicht mehr erschwinglich. Besonders junge
86 Menschen sind von dieser Entwicklung betroffen, wohingegen das Finanzministerium
87 über die Eintragungsgebühr für das Grundbuch ordentlich von der Teuerung
88 profitiert. Auch die hohen Mietkosten erschweren es vor allem jungen Menschen,
89 ein eigenständiges Leben zu führen, eine Familie zu gründen und nachhaltige
90 Investitionen in das eigene Leben zu tätigen. Dieses Problem ist dabei keine
91 Randerscheinung, sondern betrifft knapp die Hälfte der österreichischen
92 Bevölkerung. Noch drastischer ist die Situation in großen Städten und suburbanen
93 Gebieten, wie dem sogenannten "Wiener Speckgürtel". In Niederösterreich wird die
94 Bevölkerung bis 2030 von 1.687.651 auf 1.760.954 Personen wachsen. Gleichzeitig
95 sind noch 23,7% des Netto-Baulands unbebaut. (Netto-Bauland: 85.485ha). Noch
96 weniger unbebaut sind nur das Burgenland und Kärnten.

97 NEOS wollen für faire Verteilung von leistbaren Wohnungen in den Gemeinden
98 sorgen und die Menschen bei der Schaffung von Eigentum unterstützen. Dazu muss
99 ein Bündel an Maßnahmen geschnürt werden. Gemeinden sollen künftig verstärkt und
100 aktuell Daten zu Leerstand im Wohnungsbereich auf den Gemeindehomepages
101 veröffentlichen. Die Vergabe von Gemeindewohnungen hat nach Kriterien zu
102 erfolgen, die sowohl für die Wohnungsbewerber:innen, als auch für die, die mit
103 der Vergabe befasst sind, nachvollziehbare Vorgaben beinhalten. Jeglicher
104 Anschein von Freunderlwirtschaft muss von vorneherein ausgeschlossen werden. Bei
105 neuen Wohnbauprojekten auf dem Gemeindegebiet ist die Zusammenarbeit mit
106 gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften zu suchen und sind die Möglichkeiten der
107 Vertragsraumordnung auszuschöpfen. Schon in der Projektplanungsphase ist darauf
108 zu achten, dass die Modelle, die von den Genossenschaften entwickelt und
109 präsentiert werden, Miet-Kauf-Optionen den Vorrang geben. So begünstigen wir die
110 Begründung von Eigentum für junge Menschen. Ein vorher zu definierender Anteil
111 der gesamt zur Verfügung stehenden Gemeindewohnungen ist für Starterwohnungen
112 vorzusehen, denn diese bieten die Möglichkeit für junge Erwachsene, die erste
113 eigene Wohnung finanzschonend und in der Heimatgemeinde zu begründen. Wie hoch
114 dieser Anteil sein muss, ergibt sich wiederum aus der demographischen
115 Zusammensetzung der Gemeindebürger:innen.

116 ***Forderungen***

- 117 • Aktuelle Leerstandsübersicht für Wohnungen in der Gemeinde auf der
118 Gemeindehomepage
- 119 • Transparente Vergabekriterien für Gemeindewohnungen
- 120 • Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und Ausschöpfung
121 der Möglichkeiten der Vertragsraumordnung
- 122 • Starterwohnungen für junge Erwachsene
- 123 • Förderung von Sanierungen ggü. Neubauten, um zusätzliche Bodenversiegelung
124 nach Möglichkeit zu vermeiden

125 **(Klein-) Kinderbetreuung**

126 Wenn es um die Betreuung der Jüngsten in unseren Gemeinden geht, sind die
127 Herausforderungen in Niederösterreich besonders groß. In einem
128 Flächenbundesland, wie dem unseren ist es naturgemäß schwieriger für eine
129 qualitätsvolle und an die Lebensrealität der Eltern angepasste
130 Betreuungssituation zu sorgen, als dies in urbanen Ballungsräumen der Fall ist.
131 Als sogenannte Objektträger sind die Gemeinden gefordert, nicht nur die
132 Infrastruktur, sondern auch die Betreuungspersonen in den Kleinkindbetreuungs-
133 Einrichtungen zu finanzieren. Umso wichtiger ist es, bei den politischen
134 Verantwortlichen das Bewusstsein zu schärfen, dass der Gesamtkomplex
135 Kinderbetreuung neben der pädagogischen Perspektive vor allem auch als
136 volkswirtschaftlicher Schlüsselfaktor angesehen werden muss. Nicht nur der
137 Bildungsweg unserer Kleinsten nimmt hier seinen Anfang, sondern auch Fragen der
138 Berufstätigkeit beider Elternteile sind in höchstem Maße von der
139 Betreuungssituation für Kinder in niederösterreichischen Gemeinden abhängig.
140 Derzeit gibt gerade der Bereich Kleinkindbetreuung (Krippen, Tagesbetreuungs-
141 einrichtungen für die Kleinsten) ein mehr als alarmierendes Bild ab. Lediglich
142 in rund 20% aller niederösterreichischen Gemeinden finden sich
143 Kleinkindbetreuungseinrichtungen, die im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und
144 Beruf für beide Elternteile echte Wahlfreiheit sicherstellen.

145 Um diese Wahlfreiheit für beide Elternteile zu erreichen ist ein Schulterschluss
146 der Gemeinden untereinander erforderlich. Planungen und Maßnahmen dürfen nicht
147 mehr innerhalb von Gemeindegrenzen gedacht werden, sondern müssen (klein-
148)regional über den eigenen Tellerrand hinweg betrachtet werden. Das nimmt den
149 Druck von der Einzelgemeinde weg und ermöglicht eine gedeihliche Entwicklung mit
150 stetigen Verbesserungen für unsere Gemeindebürger:innen.

151 Weiters sollen Tageseltern stärker gefördert werden, da sie erstens in Orten die
152 Betreuung sicherstellen können, die zu klein für eine eigene Krippe sind, und
153 zweitens für jene Kleinkinder eine Alternative darstellen, die mit der Betreuung
154 in einer größeren Gruppe noch überfordert sind. Für eine arbeitsplatznahe
155 Kinderbetreuung soll außerdem das Modell der Betriebstageseltern forciert
156 werden, das in mittelständischen Betrieben anstelle eines Betriebskindergartens
157 etabliert werden kann.

158 **Forderungen**

- 159 • Erhebung des Bedarfs an Kleinkindbetreuungsplätzen entlang der
160 demographischen Entwicklung der Gemeinde

- 161 • Gemeindeübergreifende Kooperationen zur Sicherung der Kinderbetreuung im
162 Kleinkindbereich

- 163 • Gemeindeinterne Kooperationen fördern, beispielsweise zwischen Gemeinde
164 und Betriebskindergärten

165 • Anreizsystem der Gemeinde für Betreuungsplätze durch Tageseltern und
166 Betriebstageseltern

167 • Aus den Gemeinden heraus den Druck auf die Landesregierung erhöhen - mit
168 dem erklärten Ziel: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1.
169 Geburtstag

170 **Kindergarten und Schule**

171 Wir wollen jedem Kind die Flügel heben – das ist eines der zentralen Leitmotive
172 von NEOS. Bildung ist unsere Zukunft und der Schlüssel zur Chancengerechtigkeit.
173 In den politischen Debatten im Land und auch in den Medien wird viel zu oft
174 vergessen, dass Bildung nicht erst mit dem Schuleintritt eines Kindes beginnt,
175 sondern viel früher.

176 Das grundlegende und wichtigste Fundament liegt im Privaten: bei den Familien
177 und dem Elternhaus. Institutionell fügen Kinderkrippen und Kindergärten jene
178 Bausteine hinzu, die entscheidend für die weitere Entwicklung unserer Kinder
179 werden. Damit darauf gelingende Schulbildung gebaut werden kann, braucht es ein
180 Umdenken in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Es braucht die intensive
181 Kooperation all dieser Bereiche, volle Zuwendung zu unseren Kindern und den
182 Fokus auf die Chancen aller Kinder in Niederösterreich. Hier spielt die Gemeinde
183 in ihrer Funktion eine Schlüsselrolle.

184 Gemeinden sind als sogenannte "Objektträger" für den Bau, den Betrieb und die
185 Ausstattung von Kindergarten- und Schulgebäuden verantwortlich. Im Gegensatz zu
186 den Pädagog:innen, die im Kindergarten und Pflichtschulbereich von Land und Bund
187 gezahlt werden, ist das Unterstützungspersonal bei den Gemeinden angestellt. Nur
188 wenn die Maßnahmen aller Ebenen nahtlos ineinandergreifen und sich wechselseitig
189 ergänzen können wir die beste Bildung und Betreuung für unsere Kinder
190 sicherstellen. Nach unseren Vorstellungen sind daher auch Kindergärten und
191 (Pflicht-)Schulen die modernsten und am besten ausgestatteten Gebäude in
192 Niederösterreichs Gemeinden.

193 **Forderungen**

194 • Erhebung des Bedarfs an Kindergartenplätzen entlang der demographischen
195 Entwicklung der Gemeinde

196 • Digitale Platzbuchungs- und Anmeldeöglichkeit für Kindergärten

197 • Erhebung des Bedarfs an Volksschulplätzen (und in weiterer Folge
198 Mittelschulplätzen) entlang der demographischen Entwicklung der Gemeinde

199 • Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden bei absehbaren Engpässen

- 200 • Ausstattungsoffensive: Digital, Mobiliar, Außenanlagen, Sportplätze,
201 Turnhallen etc.

- 202 • Gesundes und regionales Mittagessen mit sozial gestaffelten
203 Essensbeiträgen

- 204 • Nachfragedeckende Nachmittagsbetreuungsmöglichkeiten für Volks- und
205 Mittelschüler:innen

- 206 • Zusammenfassung von Kindergärten, Schulgebäuden und Freizeitanlagen zu
207 einem Bildungscampus in der Gemeinde

- 208 • Bei Bedarf – eine administrative Vollzeitstelle pro Kindergarten/Schule

- 209 • Vernetzung der örtlichen Volks- und Mittelschulen mit ortsansässigen
210 Betrieben und Unternehmer:innen

211 **Gesundheit und Pflege**

212 Das österreichische Gesundheitssystem liefert in Teilbereichen
 213 Spitzenleistungen, ist aber ein teures und ineffizientes System mit zunehmend
 214 schlechterer niedergelassener Versorgung im internationalen Vergleich.
 215 Unbesetzte Kassenstellen ziehen kostenintensive Wahl- und Privatarztkosten nach
 216 sich und erhöhen die Unzufriedenheit mit dem Kassensystem enorm (Stichwort: 2-
 217 Klassen-Medizin). Die Gemeinden sind am Ende dieser ineffizienten
 218 Versorgungskette und werden vor vollendete Tatsachen gestellt. So ist die
 219 wohnortnahe Versorgung in Niederösterreich vielerorts gefährdet oder schon nicht
 220 mehr vorhanden.

221 Obwohl der Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP in Österreich mit 9,3% im Jahr
 222 2022 der höchste Wert der EU27 + Schweiz war, rangiert Österreich bei der
 223 gesunden Lebenserwartung mit 62 Jahren nur im Mittelfeld der betrachteten
 224 Länder. Die Summe der Ausgaben für Gesundheit und Alterspensionen betragen 2022
 225 22,4% des BIP und liegen deutlich über denen Schwedens (16,7% BIP) oder
 226 Dänemarks (15,2% BIP).

227 In Land greifen die verzweifelten Versuche der Landesregierung,
 228 gesundheitspolitische Lösungen herbeizuführen bisher nicht, weil die Probleme
 229 nicht an der Wurzel angepackt werden. Weder ist die „Landarzt-Garantie“ der
 230 Landeshauptfrau jemals in eine wirkliche Umsetzung gekommen, noch würden mehr
 231 Studienplätze zu mehr Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Bereich führen. Der
 232 Ausbau der Primärversorgungszentren hinkt seit Jahren der Vorgabe hinterher. Die
 233 Gemeinden finanzieren mit den NÖKAS-Beiträgen das System im erheblichen Maße
 234 mit, sind bei der Planung von Gesundheitseinrichtungen aber nicht involviert. Im
 235 schlimmsten Fall müssen sich die Gemeinden am Ende darum kümmern, dass die
 236 Versorgung funktioniert, ohne in einem früheren Stadium involviert zu werden.
 237 Lösungsvorschläge

238 NEOS stehen für einen massiven Ausbau der ambulanten und wohnortnahen
 239 Versorgung. Die "Finanzierung aus einem Topf" wird seit langem für das
 240 österreichische Gesundheitssystem gefordert. Dies als Basis für die Finanzierung
 241 und die Einbindung der Gemeinden in die Planung, wäre ein erster wichtiger

242 Schritt.
243 Ein rascherer Ausbau von Primärversorgungszentren (PVZ) soll helfen, die
244 Attraktivität der jüngeren Ärztegeneration, im niedergelassenen Kassensystem
245 tätig zu werden, zu steigern. Gleichzeitig wird der Erwartung der Patient:innen
246 nach längeren Öffnungszeiten Rechnung getragen und werden damit auch die
247 Krankenhäuser entlastet. Bis 2017 wären 14 Zentren geplant gewesen. Die
248 niederösterreichische Landesregierung hinkt hier den Zielen deutlich nach.
249 Es braucht außerdem in jedem Viertel in Niederösterreich ein „Kinder-PVZ“, in
250 dem Kinder und Jugendliche durch ein multidisziplinäres Team aus verschiedensten
251 Gesundheitsberufen umfassend betreut werden. Lange Öffnungszeiten sorgen dafür,
252 dass Eltern ihre Kinder auch außerhalb der Arbeitszeiten bzw. am Wochenende
253 versorgen lassen können und dadurch allgemein die Wartezeiten verkürzt werden.
254 Dabei wird angesichts der prekären Situation fehlender Schulärzt:innen auch
255 Kindern mit chronischen Erkrankungen der Schulbesuch erleichtert.
256 In Richtung Prävention sehen wir den Ausbau des Netzwerks sogenannter Community
257 Nurses. In Schweden sind die akademisch ausgebildeten Pflegefachkräfte in den
258 medizinischen Versorgungszentren in den Gemeinden, aber auch bei telefonischen
259 Hotlines oder Chats oft erste Ansprechperson für allgemeine Anfragen zum Thema
260 Gesundheit.

261 **Forderungen**

- 262 • Flächendeckende Versorgung der niederösterreichischen Bevölkerung durch
263 Community Nurses in den Gemeinden
- 264 • Anreize der Gemeinden zur Praxiseröffnung für Kassenärzt:innen
- 265 • Anreize schaffen für flächendeckende Versorgung mit (mobilen)
266 Spezialist:innen in der Gesundheits- bzw. Krankheitsprävention
267 (Physiotherapie, Ergotherapie etc.)
- 268 • Ausbau der mobilen Pflegedienste
- 269 • Ausbau der Möglichkeiten der interdisziplinären Gesundheitsversorgung und
270 Prävention im Kindergarten und in der Volksschule
- 271 • Schulärzt:innen zurück an die Schulen
- 272 • Druck aus den Gemeinden heraus aufbauen und das Land NÖ in die Pflicht
273 nehmen mit dem Ziel des flächendeckenden Ausbaus der PVZ-Struktur
274 innerhalb Niederösterreichs mit mindestens 20 Standorten
- 275 • Druck aus den Gemeinden heraus aufbauen und das Land NÖ in die Pflicht
276 nehmen mit dem Ziel "ein Kinder-PVZ" pro Viertel in Niederösterreich

277 **Die Meinungsforschung zeigt uns: Wohnen, Kinderbetreuung, sowie Gesundheit und**
278 **Pflege, sind jene Belange der Gemeindepolitik, abseits der Teuerung, die**

279 Menschen in Niederösterreich besonders bewegen. Es gibt aber darüber hinaus noch
280 weitere Aspekte, die unsere Gemeinden zu den Orten machen, die wir uns für eine
281 gelingende Zukunft auf regionaler Ebene vorstellen - daher folgen jetzt weitere
282 Teilaspekte gemeindepolitischen Handelns, die im Fokus unserer Gemeindeteams
283 stehen werden.

284 **Klima und Umwelt und grüne Energie in der** 285 **Gemeinde**

286 NEOS bekennen sich zum wissenschaftlichen Konsens, dass der menschengemachte
287 Klimawandel eine nachhaltige Gefahr für die Menschen und unsere Umwelt
288 darstellt. Daher müssen auf allen Ebenen entschlossene und gut vorbereitete
289 Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Nicht zuletzt die Wetterereignisse der jüngsten
290 Vergangenheit und damit einhergehende Katastrophen wie Sturmschäden,
291 Hangrutschungen und flächendeckende Überschwemmungen zeigen uns, dass gerade die
292 Gemeindeebene von den Auswirkungen des Klimawandels besonders stark betroffen
293 ist. Das Bewahren unseres Bundeslandes für die kommenden Generationen nimmt in
294 unseren niederösterreichischen Gemeinden seinen Ausgang, geht aber weit über die
295 bloße Anpassung an die bereits bestehenden Veränderungen hinaus.

296 Die Gemeinden sind die kleinsten Verwaltungseinheiten, die die Transformation
297 der Energiebereitstellung von fossilen zu erneuerbaren Energieträgern
298 unterstützen können. Kluge Planung, Information und gut abgestimmte
299 Infrastrukturmaßnahmen führen zu Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob
300 Energiegemeinschaften bei Sonnenenergie, Kleinwasserkraft, Geothermie,
301 Biomasseanlagen oder Windkraft. Die "Not-In-My-Backyard-Mentalität" der Menschen
302 in unseren Gemeinden muss durch Maßnahmen der politisch Verantwortlichen
303 aufgegriffen werden und in einem fruchtbaren Diskurs auf Augenhöhe dazu führen,
304 dass wir in Niederösterreich das nutzen, was da ist. Und zwar in einer Win-Win-
305 Situation durch sauberere und günstigere Energie für alle Beteiligten. Davon
306 profitieren Umwelt und Klima, aber auch die Gemeinden und Gemeindebürger:innen
307 werden durch klug gewählte Schritte in die Transformation entlastet, dabei wird
308 auch der Personennahverkehr, soweit er die Gemeinden betrifft, mitgedacht, damit
309 ein möglichst umfassendes Potential an finanzieller Entlastung und
310 Verbesserungen gehoben werden kann.

311 ***Klimaanpassungsmaßnahmen im Gemeindegebiet***

312 Einige Gemeinden in Niederösterreich gehören zu den Hitzeinseln Europas, Fehler
313 und Versäumnisse in der Raum- und Bauordnung haben darüber hinaus dazu geführt,
314 dass in der Vergangenheit verstärkt, sogenannte "rote Zonen"
315 (Überschwemmungsgebiete) verbaut wurden und der Flächenfraß - im Sinne
316 versiegelter Böden, die keinen Niederschlag aufnehmen können, ist auch für
317 Nicht-Fachleute augenscheinlich. Dadurch verringert sich die Resilienz unserer
318 Gemeinden gegenüber heißen Sommern und starkem Niederschlag. NEOS haben es satt,
319 von einem Rekordsommer zum nächsten und zwischen Überschwemmungsereignissen so
320 weiterzumachen wie bisher. Erleichterungen in der Bewältigung des Klimawandels
321 sind nicht immer kostspielige Belastungen der Gemeindehaushalte. Vieles kann
322 durch innovative Ideen und kleinere Anpassungen zu unmittelbarer Entlastung der

323 Situation führen.

324 Sei es zentrumsnahe Verdichtung des Wohnbaues oder versickerungsfähige Bankette
325 entlang der Gemeindestraßen, Kreisverkehre als Grünflächen oder Begrünung der
326 Fassaden von gemeindeeigenen Gebäuden und öffentlichen Plätzen,
327 Baumpatenschaften durch Ortsansässige in den Zentren oder die “Blumenkisterl”
328 des Ortsverschönerungsvereines an der Peripherie, bis hin zu alternativen
329 Planungen für innovative Straßenbeläge. Durch größere und kleine Veränderungen
330 lassen sich die Lebensumstände der Menschen in unseren Gemeinden unmittelbar und
331 schnell verbessern.

332 **Forderungen**

- 333 • Verdichtung im Zentrum, statt weitere Versiegelung am Rand
- 334 • Versickerungs- und Grünflächen schaffen
- 335 • Leerverrohrung bei Straßeninstandsetzung mitdenken
- 336 • Grünraum in die Ortszentren – Abkühlungszonen schaffen
- 337 • Fassadenbegrünung auf Gemeindegebäuden
- 338 • Hitzeinseln vermeiden und bestehende entschärfen

339 **Grüne Energie in den Gemeinden**

340 Private Einzelhaushalte und Zusammenschlüsse mehrerer Haushalte können einen
341 wesentlichen Beitrag am Gelingen der Energiewende leisten. Viele Expert:innen
342 sind sich einig: Die Klimawende muss vor allem auch “dezentral” vorangetrieben
343 werden. Das heißt, die kluge Verwendung vorhandener erneuerbarer Energien, vor
344 allem im Privatbereich hilft dabei, das große Ganze zu unterstützen. Gerade in
345 dieser Hinsicht hakt es im Moment gewaltig. Die Netzinfrastruktur in
346 niederösterreichischen Gemeinden gibt diese Verschränkung zwischen öffentlicher
347 und privater Energiegewinnung schlicht nicht her, weil die politisch
348 Verantwortlichen jahrzehntelang den Kopf in den sprichwörtlichen Sand gesteckt
349 haben. Umfassende Planungen, welche Ortsteile regional miteinander in Energie-
350 gewinnungsfragen kooperieren können, fehlen landesweit. Komplexe
351 Förderstrukturen, die finanziell unterdotiert und vom Ablauf her immens träge
352 sind bremsen den Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie der mangelhafte
353 Netzausbau. Dazu kommen Verzögerungen beim Netzanschluss bereits bestehender
354 privater Anlagen an das öffentliche Netz. Initiativen, die beispielsweise in
355 dänischen Kommunen bereits seit Jahren usus sind, sind in Niederösterreich eher
356 die Ausnahme. Dazu zählen gemeindeweite Übersichten, wo, welche
357 Energiegewinnungsform besonders erfolgsversprechend ist, Primär- und Dualnutzung
358 von Brachflächen, intelligente Nutzung von Bestandsflächen, Gebäuden und
359 Parkplätzen, Bürger:innenkraftwerke, sogenannte Smart-Grids (dezentrale

360 Stromspeicher-anlagen) und transparent veröffentlichte Netz(-ausbau)pläne. Ein
361 Energieatlas, der zeigt, wo in der Gemeinde welche Anschlusspunkte zur Verfügung
362 stehen und wo welche erneuerbaren Energiegewinnungsformen erfolgversprechend
363 sind, rundet die Zusammen-schau ab.

364 Die Energiewende ist ein zentrales Thema unserer Zeit, vielerorts sind die
365 Bürger:innen bereit, aktiv daran mitzuarbeiten – hier muss die Gemeinde mit Rat
366 und Tat – vor allem aber vorbereitet und mit Informationen – zur Seite stehen.

367 **Forderungen**

- 368 • Zusatzqualifikation in der Gemeindeverwaltung – Gemeinde-Energiemanager:in
- 369 • Energieatlas in Niederösterreichischen Gemeinden
- 370 • Leerverrohrungen für zukünftige technische Entwicklungen vorsehen
- 371 • Netzausbau in Kooperation mit Landesenergieversorgern, mit Vorrang für
372 dezentrale erneuerbare Energieerzeugung, Energieversorgung und
373 Energieverteilung
- 374 • Beteiligungsmodelle für Bürger:innenkraftwerke
- 375 • Netzinfrastrukturplan auch für die unteren Ebenen (Kapazitäten der
376 Leitungen lokal und regional, Trafos und Umspannwerke)
- 377 • Überdachung von großflächigen Parkplätzen auf öffentlichem Grund) mit PV-
378 Modulen
- 379 • Blackout Vorsorge – regionale Vorsorgekonzepte
- 380 • In der Endausbaustufe: Ausgleich und Steuerung der dezentralen
381 Energieströme, allfälliger Überschüsse und Fehlmengen (Lastausgleich) mit
382 Digitalisierung, Smart Grids, regelbare Trafos, Speicheranbindung, mit dem
383 Ziel der Gemeinde-Energie-Autarkie

384 **Personennahverkehr - Mobilitätswende und "Last-Mile-** 385 **Problematik"**

386 Im flächenmäßig größten Bundesland ist es naturgemäß schwierig, ein dichtes
387 Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln anzubieten. Dazu kommt, dass in der
388 Vergangenheit Einschnitte beim Öffi-Ausbau gemacht wurden und bestehende
389 Verbindungen abgebaut wurden.

390 Viele Niederösterreicher:innen sehen sich so gezwungen, ins Auto zu steigen.
391 Rund zwei Drittel pendeln jeden Tag mit dem Auto in die Arbeit. Insgesamt ist
392 Niederösterreich ein wahres Pendlerbundesland, denn nur ungefähr ein Fünftel der
393 Erwerbstätigen arbeitet noch im Heimatort. Über die Hälfte der Personen in
394 Niederösterreich pendelt in einen anderen Bezirk zur Arbeit. In den letzten
395 Jahren wurde der Schwerpunkt vor allem auf den Straßenbau und auf Parkplätze
396 (Park & Ride) rund um Bahnhöfe gelegt. Gleichzeitig wurden Regional- und
397 Nebenbahnen im Ausmaß von 700 Bahnkilometern eingestellt. Das sehen NEOS sehr
398 kritisch, weil nur öffentliche Verkehrsmittel, die zu den Lebensrealitäten der
399 Menschen passen, nachhaltige Änderungen im Mobilitätsverhalten bewirken können.

400 Die Verkehrssituation im Großraum Wien muss länderübergreifend gedacht werden,
401 da sie die Niederösterreicher:innen besonders betrifft. Um infrastrukturelle
402 Millionengräber des Landes Niederösterreich auffangen zu können, müssen lokale
403 Verkehrslücken mit Neubaustrecken gelöst werden. Das geht nur in Kooperation mit
404 der Stadt Wien. Fest steht: Die Pendlerstrecken sind heillos überlastet.

405 Die Radwegenetze in Gemeinden in Niederösterreich sollen und müssen weiter
406 ausgebaut werden. Dabei ist die Vernetzung mit umliegenden Gemeinden sehr
407 wichtig, um die Menschen vom PKW aufs Fahrrad zu bringen.

408 Das Land Niederösterreich weist zum Stand 2022 laut der Studie Radinfrastruktur
409 von 800 km Länge auf. Rechnet man die vorhandenen 250 km Dreißigerzonen und 120
410 km verkehrsberuhigtes Gebiet dazu, so resultiert ein potentiell verbesserbares
411 Radverkehrsnetz auf 1.180 km Länge, dessen derzeitige Beschaffenheit nicht
412 durchgängig dem Stand der aktuellen Richtlinien entspricht. Bei einem Zielnetz
413 von rund 5.350 km für den Radverkehr besteht ein Ausbaubedarf von 4.170 km, der
414 zu 20% durch baulich getrennte Radinfrastruktur gedeckt werden sollte. Radwege
415 müssen in das bestehende Öffi-Netz integriert werden, um vor allem auch die
416 flächendeckend vorhandene "Last-Mile Problematik" zu lösen.
417 Gemeindeübergreifende Anrufsammeltaxis, Carsharing, "Mitfahrbankerl" und
418 Zeitbankangebote sind hier niederschwellige Möglichkeiten - aus den Gemeinden
419 heraus – schnell für eine Verbesserung zu sorgen.

420 **Forderungen**

- 421 • Radwegnetze flächendeckend ausbauen
- 422 • Leihräder und E-Bike-Ladestationen
- 423 • Ladestationen für E-Autos an zentralen öffentlichen Plätzen
424 (beispielsweise Rathaus)
- 425 • Sammeltaxis und kleinere, flexible Transporteinheiten zu den regionalen
426 Verkehrsknotenpunkten
- 427 • Carsharing Angebote

428 • Mitfahrbankerl und Zeitbankmodelle

429 • Verkehr gesamtheitlich denken, um Millionengräber zu verhindern

430 **Einnahmen aus Kommunalsteuern/Bedarfszuweisungen**
431 **und aufgabenorientierter Finanzausgleich**

432 Niederösterreichische Gemeinden sind – wie auch der Bund und das Land – in einer
433 fatalen Schuldenfalle gefangen. Versäumnisse auf allen Ebenen haben dazu
434 geführt, dass es keine einzige schuldenfreie Gemeinde in Niederösterreich gibt.
435 So fehlen allerorts finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen und die
436 Möglichkeiten für Gemeinden, Einnahmen zu lukrieren ist sehr überschaubar. Hier
437 gilt es einen ehrlichen Kassasturz vorzulegen, die vorhandenen Mittel dort
438 einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden und über die
439 Gemeindevertreter Druck auszuüben, um echte Reformen in der Gemeindefinanzierung
440 anzustoßen. NEOS treten für Konsolidierung im ersten Schritt und einen
441 aufgabenorientierten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in
442 einem zweiten Schritt ein. Die Zeiten, in denen Gemeinden als Spielball ihrer
443 Landesregierungen immer mehr Aufgaben übertragen bekommen, für die sie nicht
444 ausreichend finanziell ausgestattet sind muss ein Ende haben. Ansonsten werden
445 Schuldenberge weiterhin Ebenen übergreifend verschoben, anstatt in einer echten
446 Reform des Finanzausgleichs abgebaut.

447 ***Finanzsituation der Gemeinde***

448 Wann immer wir im öffentlichen Sektor Geld in die Hand nehmen, ist es das Geld
449 der Steuerzahler:innen. Mit diesem Bewusstsein haben alle in den Gemeinderat
450 gewählten politischen Vertreter:innen den Auftrag, mit diesem Geld der anderen
451 verantwortungsvoll umzugehen. Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit
452 sind für uns nicht nur Schlagworte, unter denen wir weitermachen wollen, wie
453 bisher, sie sind vielmehr die Leitlinien, innerhalb derer wir Gemeindebudgets
454 auf gesündere Beine stellen wollen als bisher üblich.

455 Budgetwahrheit, Kostenwahrheit, Transparenz in Mittelaufbringung und –verbrauch
456 gepaart mit wirkungsvollen Kontrollmechanismen und neuartige Ansätze für die
457 Gestaltung der Finanzflüsse aus und in die Gemeinden sind die Schlüssel zu
458 gesunden Gemeindefinanzen.

459 Dazu ist es erforderlich, dass im Gemeinderat periodisch ein Überblick über den
460 laufenden Budgetvollzug geliefert wird. Bürgermeister:innen und
461 Finanzgemeinderäte;innen sind hier verstärkt in die Pflicht zu nehmen, sowohl
462 den Gemeinderat als auch die Bürger:innen regelmäßig ins Bild zu setzen. Wir
463 brauchen wirkungsvolle Prüfungsausschüsse, in denen Vertreter:innen aller im
464 Gemeinderat vertretenen Parteien einen Sitz und auch eine Stimme haben. Bisher
465 sieht die NÖ Gemeindeordnung vor, dass sich die größeren Fraktionen im
466 Gemeinderat ohne Mitwirkung kleinerer Fraktionen, also ohne
467 Oppositionsbeteiligung, selbst kontrollieren.

468 Darüber hinaus braucht es Reformbereitschaft und Mut zu Neuerungen innerhalb der
469 Gemeindeverwaltung, über die Gemeindegrenzen hinweg und im Austausch zwischen
470 Land und Gemeinden. Bagatellsteuern, das sind jene Abgaben, die mehr
471 Verwaltungsaufwand als Budgetwirksamkeit entfalten, müssen abgeschafft werden.
472 Gemeinschaftliche Abgaben aus den Gemeinden ans Land, die dann in reduzierter
473 Form wieder in den Gemeinden landen, müssen gleich in der Gemeinde verbleiben.
474 Verwaltungseinheiten, wie Standesämter, Lohnverrechnungen, Gemeinde-
475 Buchhaltungen, Bauhöfe, Abfallsammelzentren sind Einheiten, die kostensparend
476 durch mehrere Gemeinden arbeitsteilig betrieben werden können, um Synergien zu
477 erzielen und Einsparungen zu realisieren – dies gilt vor allem auch in
478 Schulstandorten und bei Kinderbetreuungsfragen.

479 Gemeinden müssen vom weg Gängelband der Landeshauptleute, hin zu einem
480 resilienten, selbstbestimmten, schlanken und gut aufgesetzten
481 Verwaltungsapparat, der es ihnen ermöglicht, die Daseinsvorsorge für
482 Gemeindegänger:innen effizient zu gestalten. Dazu müssen wir hin zu echter
483 Kostenwahrheit in der Planung jener Ausgaben, die die Gemeinde in ihrem
484 Wirkungsbereich aufzubringen hat, mit einer klaren Leistungsbeschreibung, die
485 dann gleichzeitig die Verhandlungsgrundlage für einen aufgabenorientierten
486 Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden darstellt. Eine Reform des
487 Umlagewesens für Krankenanstalten und Sozialhilfe ist unumgänglich. Weniger
488 Bittstellung – mehr Gemeindeführung für Niederösterreichische Gemeinden!

489 **Forderungen**

- 490 • Planung und Leistungsbeschreibung der Tätigkeiten, die die Gemeinde zu
491 erfüllen hat

- 492 • Druck aus den Gemeinden in Richtung Land zur Abschaffung von
493 Bagatellsteuern

- 494 • Druck aus den Gemeinden zur verpflichtenden interkommunalen Teilung des
495 Kommunalsteueraufkommens, um Anreize für Umwidmungen zu verringern und
496 Zersiedelung sowie Bodenversiegelung einzudämmen

- 497 • Mehr Autonomie bei der Ausgestaltung der Bemessungsgrundlagen von
498 Gemeindegebühren

- 499 • Prüfungsausschuss stärken - Sitz und Stimme für jede im Gemeinderat
500 vertretene Partei – Vorsitz an die kleinste Oppositionspartei

- 501 • Finanzausschuss mit periodischer Berichtspflicht über den laufenden
502 Budgetvollzug

- 503 • Begleitende Budgetvollzugskontrolle

- 504 • Prüfung von alternativen Finanzierungsmöglichkeiten der Gemeindeausgaben

505 • Echte Kostenwahrheit und Budgetvollzugskontrolle

506 • Funktionale Verwaltungseinheiten über Gemeindegrenzen hinaus

507 • Regelmäßige Evaluierung der Abgabenordnung

508 • Transparenzdefizite beheben

509 • Aufgabenorientierten Finanzausgleich einfordern

510 **Arbeit und Wirtschaft**

511 Wirtschaft und Arbeit sorgen für Wohlstand und Entwicklungsmöglichkeiten. Was
512 auf individueller Ebene gilt, gilt auch für niederösterreichische Gemeinden.
513 Gemeinden, die über ein entsprechend vielfältiges Angebot an Dienstleistungen
514 verfügen, präsentieren sich wesentlich lebendiger, versorgungssicherer und
515 lebenswerter als jene, die zu reinen Schlafstätten mutieren. Viele Kommunen in
516 Niederösterreich sind aber gerade von dieser Entwicklung betroffen: Man arbeitet
517 auswärts, Besorgungen des täglichen Lebens können - mangels Angebot – nicht im
518 Ort erledigt werden, die Gemeinde wird zur "Schlafstadt".

519 Durch die Kombination unterschiedlicher Maßnahmen können Gemeinden ein Umfeld
520 schaffen, das Betriebsansiedelungen und -gründungen begünstigt und sicherstellt,
521 dass bestehende Betriebe nicht abwandern. Das führt zu einer Win-Win-Situation,
522 weil kommunale wirtschaftliche Vielfalt wohnortnahe Arbeitsplätze generiert,
523 Zusatzeinnahmen in die Gemeindekassen spült und nicht zuletzt
524 Versorgungssicherheit - vor allem für ältere Menschen - sicherstellt.

525 Eine Anlaufstelle in der Gemeinde soll für Unternehmer:innen alle
526 gemeinderlevanten Daten bereithalten. Damit sind vor allem mögliche
527 Betriebsobjekte gemeint, darüber hinaus aber auch Informationen über
528 standortspezifische Vor- und Nachteile, Überblick über den vorhandenen
529 Branchenmix und gemeindeeigene Anreizsysteme, wie Steuer- und
530 Pächterleichterungen sowie subventionierte Gewerbeflächen.

531 Investitionen in die Infrastruktur, wie Straßen, Anschluss an öffentliche
532 Verkehrsmittel und digitale Anbindung können die Attraktivität der Gemeinde für
533 Unternehmen erhöhen.

534 Gründerzentren und/oder Coworking-Spaces können Start-ups und kleine Unternehmen
535 dabei unterstützen, sich zu entwickeln und zu wachsen. Auch die Organisation von
536 gemeindeübergreifenden Kommunalmessen, Workshops und Netzwerk-Events wäre eine
537 Möglichkeit, sich zu vernetzen und neue Geschäftsmöglichkeiten zu entdecken. Die
538 kostengünstigste und niederschwelligste Möglichkeit - ein durch die Gemeinde
539 regelmäßig angebotener Wirtschaftsstammtisch – sollte in allen Gemeinden
540 Standard werden und so dabei helfen Wirtschaftstreibende, Gemeindepolitik,
541 Interessent:innen und die lokale Bevölkerung zusammen zu bringen. Die

542 Zusammenarbeit mit Schulen und hier vor allem den örtlichen Mittelschulen kann
543 dazu beitragen, zukünftige Fachkräfte zu begeistern und den Unternehmen Zugang
544 zu qualifiziertem Personal zu ermöglichen. Investitionen in nachhaltige Projekte
545 und grüne Technologien können nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch die
546 Gemeinde zukunftssicher machen.

547 In vielen Gemeinden Niederösterreichs ist der Tourismus ein Zukunftsthema. Die
548 Entwicklung von touristischen Angeboten und Veranstaltungskonzepten bringt die
549 Möglichkeit mit sich, zusätzliche Einnahmen und Arbeitsplätze im
550 Dienstleistungssektor zu lukrieren.

551 ***Forderungen***

- 552 • Stelle für Beratung für Gründer:innen
- 553 • Infrastruktur verbessern, um Grundlagen zu schaffen
- 554 • Glasfaserausbau forcieren
- 555 • Ansiedelung attraktiv machen
- 556 • Start-Ups unterstützen
- 557 • Netzwerkveranstaltungen anbieten
- 558 • Kooperation mit regionalen Bildungseinrichtungen
- 559 • Tourismuskonzepte entwickeln
- 560 • Information und Bürger:innenbeteiligung

561 **Zusammenleben in der Gemeinde / kulturelle** 562 **Vielfalt als Chance**

563 Wir leben zunehmend in einer pluralistischen Gesellschaft, in der
564 unterschiedliche Weltanschauungen, Lebensstile, sexuelle Orientierungen,
565 religiöse Ansichten und Wertekodizes – nicht immer konfliktfrei –
566 aufeinandertreffen. Nicht nur in den städtischen Ballungszentren ist dies der
567 Fall, sondern auch in niederösterreichischen Gemeinden finden sich neu
568 entstandene Gesellschaftsstrukturen, die neben sogenannten autochthonen
569 Österreicher:innen auch Migrant:innen, Asylwerber:innen und subsidiär
570 Schutzberechtigte aus vielen Teilen der Welt beinhalten. Das stellt
571 niederösterreichische Gemeinden vor neue Herausforderungen, wenn es darum geht
572 zugezogene Personen in die eingeseessene Dorfgemeinschaft zu integrieren.

573 Die Arbeit der Gemeinde beeinflusst in höchstem Maße den Verlauf des
574 Integrationsprozesses – so weit sind sich Expert:innen einig. Für uns ist die
575 Freiheit so zu leben, wie man will, ein hohes Gut. Wir folgen aber nicht
576 irgendwelchen Träumereien, die davon ausgehen, dass ein solches Leben abseits
577 der Gepflogenheiten, Werte und Regeln stattfinden kann, die den Kern unserer
578 europäischen Lebensweise darstellen.

579 Der österreichische Expertenrat für Integration streicht die Wichtigkeit
580 gelingender Integration in seinem Programm besonders heraus und empfiehlt als
581 oberste Maßnahme die Förderung der lokalen und kommunalen Integrationskompetenz.
582 Wir wollen den Fokus nicht auf Defizite, sondern auf Angebote legen. Wer bei uns
583 in Niederösterreich leben will, soll herzlich willkommen sein und Chancen
584 vorfinden, das eigene Leben selbstbestimmt zu gestalten. Das ist unser Angebot,
585 während sich an den Werten der liberalen Demokratie, der Geschlechtergleichheit
586 und den allgemeinen Menschenrechten zu orientieren, sowie die Landessprache
587 möglichst schnell zu erlernen wiederum die Bringschuld jener Menschen ist, die
588 beabsichtigen, bei uns eine neue Heimat zu finden.

589 ***Gelingendes Zusammenleben***

590 Eine Gemeinde kann viel tun, um die Gemeinsamkeiten zu stärken und
591 Berührungängste zu verringern oder gar auszuräumen. Begrüßungs- und
592 Informationsveranstaltungen für Zugezogene sind ein erster Schritt, um
593 miteinander in Kontakt zu treten. Die Vernetzung mit bestehenden staatlichen und
594 privaten Initiativen trägt in der Folge dazu bei, sich noch besser
595 kennenzulernen. Gerade in diesem Bereich bietet sich die breite Einbindung der
596 Bevölkerung an, um gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen Anreize zu
597 schaffen, so schnell wie möglich in der Gemeinde anzukommen.

598 ***Forderungen***

- 599 • Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen für neue Gemeindemitglieder
- 600 • Vernetzung mit staatlichen und privaten Initiativen
- 601 • Raum und Budget schaffen für interkulturellen Austausch
- 602 • Plattformen für Buddy-Systeme schaffen
- 603 • Vorstellung des gemeindespezifischen Vereins- und Gesellschaftslebens
- 604 aber auch
- 605 • Misstände klar adressieren und mit den gebotenen Mitteln abstellen

606

Bürger:innenservice & effiziente Verwaltung

607 In vielen Gemeindeämtern in Niederösterreich wiehert noch der Amtsschimmel.
608 Schon die Bezeichnung "Amt" scheint aus der Zeit gefallen. So mancher Besuch
609 dort erinnert an Zeiten, in denen man eine Nummer ziehen musste und sich als
610 Bittsteller:in fühlte. Dabei sollen Gemeindeämter doch Anlaufstellen für
611 Bürger:innen sein, die rasch und unkompliziert, eine Lösung parat haben. Viele
612 Antworten könnten auf digitalem Weg und ohne personelle Ressourcen gegeben
613 werden – und das unabhängig von den Öffnungszeiten des Gemeindeamtes. Aber auch
614 Menschen, die mit der fortschreitenden Digitalisierung nicht Schritt halten,
615 müssen sich darauf verlassen können, dass sie Zugang zu allen Serviceleistungen
616 der Gemeinde haben. Die Diversität unserer Gesellschaft muss sich daher auch in
617 der Erfüllung dieser unterschiedlichen Anforderungen widerspiegeln.

618 *Der One-Stop-Shop für Bürger:innenanliegen & Digitalisierung* 619

620 Umfassende Beratungsangebote durch die Gemeinde sind ein einfaches Mittel, um
621 die Lebensqualität und die Identifikation mit der eigenen Gemeinde zu erhöhen.
622 Viele Städte und Gemeinden tragen dem bereits mit eigens eingerichteten
623 Bürgerservice-Stellen Rechnung. Dort können sich Bürger:innen unmittelbar und
624 vor Ort informieren und Amtswege zeitsparend erledigen. Der Mehrwert dieses One-
625 Stop-Shops für Bürger:innenanliegen hängt in erster Linie von Öffnungszeiten und
626 digitalen Begleitangeboten ab. Von einer flächendeckenden Umsetzung sind wir in
627 Niederösterreich de facto aber immer noch weit entfernt.

628 *Forderungen*

- 629 • Kostenlose Beratungsangebote unter anderem aus den Bereichen
 - 630 ◦ Bauen und Wohnen
 - 631 ◦ Gesundheit und Pflege
 - 632 ◦ Heizkosten/Energie/Umweltbelange
 - 633 ◦ Fördermöglichkeiten/Förderabwicklung
 - 634 ◦ Rechtsberatung
- 635 • Umfassende Serviceangebote ohne bürokratischen Aufwand
- 636 • Einstellungswechsel von Gemeindeämtern hin zu Bürger:innen-Servicestellen

637 *Die digitale Gemeinde (digitale Amtstafel/digitales* 638 *Amt/digitaler Amtsweg)*

639 Die Digitalisierung schreitet auch in den niederösterreichischen Gemeinden
640 stetig voran. Vor allem im Kontakt mit den Bürger:innen werden digitale
641 Möglichkeiten immer wichtiger. Um den Entscheidungsprozess, wie das digitale
642 Unterstützungsangebot in den Gemeinden ausgestaltet sein soll bestmöglich
643 aufzusetzen, steht auch hier eine fundierte Bedarfsanalyse am Beginn der
644 Planungen. Dabei stehen die Wünsche und Anforderungen der Bürger:innen im
645 Mittelpunkt und es ist unumgänglich, die Menschen frühzeitig in den
646 Ideenfindungsprozess miteinzubinden. Die Ergebnisse dieses Prozesses fließen
647 dann in die konkrete Digitalisierungsstrategie der Gemeinde ein.

648 Dabei ist immer auch darauf zu achten, dass es entsprechende Alternativangebote
649 für jene Menschen geben muss, die mit der Digitalisierung, aus welchen Gründen
650 auch immer, nicht Schritt halten können. Daher braucht es auch die breite
651 Einbindung der Gemeindegänger:innen, eine konkrete Digitalisierungsstrategie und
652 eine begleitende Kosten-Nutzen-Rechnung mit Leistungserfassung, um fundiert
653 bewerten zu können, ob die Maßnahmen den gewünschten Effekt nach sich ziehen.

654 ***Forderungen***

- 655 • Amtstafel digital und analog
- 656 • Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für Amtswege

657 ***Das digitale Gemeindeamt***

658 Vielerorts sind die Öffnungszeiten von Gemeindeämtern sehr eingeschränkt.
659 Vorgegeben durch den „Parteienverkehr“ beschränkt sich die persönliche
660 Kontaktmöglichkeit auf wenige Stunden pro Woche und nicht alle Gemeinden bieten
661 Services auf der Gemeindehomepage oder digitale Lösungen zum Ausgleich an, was
662 dazu führt, dass vor allem Bewohner:innen aus den Katastralgemeinden teils
663 erhebliche Wege auf sich nehmen müssen, um zu erforderlichen Informationen zu
664 kommen. Das wollen wir ändern!

665 ***Forderungen***

- 666 • Gemeindespezifische Bedarfsanalyse des E-Government Angebotes mit
667 Bürger:innenbeteiligung
- 668 • Begleitende Evaluierung dieses Angebotes
- 669 • Aktuelle Anpassung des Angebotes und des Verwaltungspersonals

670 ***Der digitale Amtsweg***

671 NEOS beabsichtigen, Gemeindeämter - viel stärker als bisher üblich - zu

672 Bürger:innen-Servicestellen zu machen. Durch das sogenannte "One-Stop-Shop-
673 Prinzip" (eine Stelle, die nahezu alles abwickeln kann) können die Anliegen von
674 der Antragstellung bis zur Enderledigung inklusive des Zahlungsverkehrs von den
675 Mitarbeiter:innen der Servicestelle in einem Arbeitsgang erledigt werden.
676 Parteienverkehrszeiten werden ausgedehnt und Öffnungszeiten an die
677 Lebensrealität der Menschen angepasst. Digitalisierung hält Einzug und der
678 Servicecharakter wird auch durch mobile Amtsstuben in den Katastralgemeinden
679 nachhaltig verankert.

680 ***Forderungen***

- 681 • Ideenprozess mit den Bürger:innen, um das Angebot zu verbessern
- 682 • Gemeindehomepages, die nicht nur Informationen bieten, sondern auch
683 digitale Amtswege erlauben

684 ***Hilfestellung für jene, die mit dem digitalen Zeitalter*** 685 ***nicht Schritt halten***

686 Öffnungszeiten, die auch für Berufstätige und Menschen, die nicht digital
687 arbeiten (können) zugänglich sind und entsprechende Hilfestellungen bei der
688 Nutzung der digitalen Werkzeuge runden das Angebot der Gemeinde ab.

689 ***Forderungen***

- 690 • Hilfestellungen für Menschen, die das digitale Angebot nicht nutzen können
- 691 • Mobile Amtstage in Katastralgemeinden

692 ***Effiziente Verwaltung Personalplanung & Ressourceneinsatz***

693 Gemeinden müssen sich überlegen, ob sie den Personalstab gegenüber ihren
694 Bürger:innen noch rechtfertigen können, denn es gibt viele Möglichkeiten,
695 Einsparungen zu treffen und gleichzeitig den Servicelevel für die Bürger:innen
696 nicht zu mindern, sondern teilweise sogar zu erhöhen. Workflows im täglichen
697 Geschäft der Verwaltung sollen erarbeitet werden, die Digitalisierung soll
698 Einzug in die Verwaltung halten. Benötigt jede Gemeinde eine eigene
699 Lohnverrechnung, oder können sich mehrere Gemeinden eine Abteilung teilen? Wie
700 steht es um die Idee, die Lohnverrechnung auszulagern und von einem
701 spezialisierten Unternehmen durchführen zu lassen, wenn die Kosten geringer
702 sind? Benötigt die Gemeinde selbst eine Bibliothek mit Personalkosten, oder
703 könnte das an einen Verein ausgelagert werden? Diese und viele weitere Ideen
704 müssen geprüft und bewertet werden. Nichts soll bleiben, wie es ist, nur weil es
705 immer schon so war, vor allem nicht, wenn es nicht sinnvoll, nachhaltig und die
706 beste Lösung für die Gemeinde ist.

707 NEOS stehen ausdrücklich nicht für eine Kündigungswelle in Gemeindeämtern,
708 sondern wollen zum Nachdenken anregen. Muss jede Stelle nachbesetzt werden? Jede
709 Idee soll ihren Raum bekommen und ernsthaft diskutiert werden.

710 **Forderungen**

711 • Aufgabenorientierte Personalplanung

712 • Beurteilung des Personalbedarfs unter Beiziehung externer Evaluator:innen.

713 **Ressourceneinsatz**

714 Gemeindeübergreifender Ressourceneinsatz muss ernsthaft und umfassend geprüft
715 werden. Kosteneinsparungen sind möglich, wo Synergien genutzt werden können.
716 Projekt- und Wissensmanagement kann geteilt werden, um Kosten zu mindern.
717 Erzielte Einsparungen müssen transparent und nachvollziehbar an die Bürger:innen
718 kommuniziert werden. Die Akzeptanz von Maßnahmen, auch von jenen, die unpopulär
719 scheinen, kann erhöht werden, wenn sie kommunikativ entsprechend aufbereitet und
720 faktenbasiert dargelegt wird.

721 **Forderungen**

722 • Sparen im System: Prüfen benötigter Personalressourcen & Evaluierung

723 • Ersparnis durch geglättete Workflows / Abläufe kritisch hinterfragen

724 • Ersparnis durch Zusammenlegung oder Auslagerung von Verwaltungstätigkeiten
725

726 **Politik und Gemeinderat**

727 Die Ebene der Gemeindepolitik ist jene Ebene, auf der die Politik am nächsten an
728 den Bürger:innen dran ist. Die Umsetzung der Entscheidungen im Gemeinderat ist
729 unmittelbar spürbar und für alle sichtbar in der Gemeinde. In jüngster
730 Vergangenheit mussten wir alle erfahren, dass Anstand und Moral in der Politik
731 schwinden – auch auf Gemeindeebene.

732 Viele Politiker:innen sind sich offenbar ihrer Verantwortung nicht bewusst. Ein
733 Mandat im Gemeinderat verpflichtet zu anständigem Handeln, es ist ein großer
734 Vertrauensvorschuss, den die Bürger:innen den Mandatar:innen übertragen.

735 Seit der Gründung stehen NEOS für Transparenz in der Politik und für
736 Politiker:innen, die Verantwortung übernehmen für die Zukunft unseres Landes.
737 Dazu zählen nachvollziehbare Entscheidungen, ein sorgsamer und
738 verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern und die Zurückdrängung der

739 jahrelang gelebten Praxis der Freunderlwirtschaft. Das kürzlich verabschiedete
740 Informationsfreiheitsgesetz greift zu kurz, denn die große Mehrheit der
741 Gemeinden in Niederösterreich ist aufgrund ihrer Einwohner:innenzahl nicht von
742 der Informationspflicht umfasst. So bleiben schwarze Flecken in unserem
743 Bundesland weiter bestehen. Jede dieser Gemeinden kann selbst entscheiden, ob
744 sie dennoch Licht ins Dunkel bringen möchte.

745 Die Idee eines vereinten Europas steht für NEOS außer Streit. Und dieses Europa
746 beginnt in den Gemeinden. Niederösterreich ist seit jeher ein sogenannter
747 Nettoempfänger von Förderungen aus Brüssel. Die um sich greifende Europaskepsis
748 ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass nur wenig Information darüber
749 fließt, welchen Mehrwert die Europäische Union für niederösterreichische
750 Gemeinden hat.

751 **Transparenz**

752 Eine Reihe von Skandalen der vergangenen Jahre hat der Öffentlichkeit das Bild
753 einer Gemeindepolitik vermittelt, die sich jeder persönlichen Verantwortung
754 entledigt hat. Das trägt maßgeblich zur wachsenden Politikverdrossenheit bei.
755 Politik, die im Dienst der Bürger:innen steht, muss alles daransetzen,
756 Korruption und Freunderlwirtschaft in der öffentlichen Verwaltung
757 zurückzudrängen. Für NEOS ist lückenlose Transparenz im Umgang mit öffentlichen
758 Mitteln eine Selbstverständlichkeit. Die niederösterreichische Realität sieht
759 anders aus: ein allumfassender Parteienstaat hat überall Sümpfe struktureller
760 Korruption entstehen lassen, wie die mediale Berichterstattung der jüngsten
761 Vergangenheit ein weiteres Mal beweist. Diese Tatsache ist unabhängig von der
762 politischen Ebene zu sehen und zieht sich vom Bund über das Land bis in die
763 niederösterreichischen Gemeinden.

764 Wie auch der Rechnungshof feststellen musste (siehe "Bericht des Rechnungshofes
765 Förderungen in den Stadtgemeinden Baden, Feldkirch und Traun") wird das Thema
766 Transparenz auf Gemeindeebene vernachlässigt. Zur Schaffung einer größtmöglichen
767 Transparenz empfahl der RH der Stadtgemeinde Baden, jährlich einen
768 detaillierten, vollständigen und damit transparenten Förderbericht zu erstellen.
769 Die Förderung von Projekten und Vereinen ist für NEOS unbedingt zu befürworten,
770 aber kumulierte Fördersummen sind in den Gemeinden nicht zu finden.
771 Projektkosten werden häufig in Teilen zur Abstimmung gebracht, eine
772 Projektkostenübersicht fehlt oft. Auch Vereins- und Parteilokale in den
773 Gemeinden sind problematisch hinsichtlich Transparenz und Gebarung.

774 Nur maximale Transparenz kann dieser Entwicklung entgegenwirken und das
775 Vertrauen der Menschen in die Politik wieder herstellen. Diese Transparenz
776 erstreckt sich auf Themen wie z.B. Besetzung von Führungspositionen,
777 Ausschreibungen, Gestaltung der Gebühren, Informationsfreiheit und auch Klarheit
778 bei Einsparungen. Die Bürger:innen haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit
779 ihrem Steuergeld passiert. Außerdem haben sie ein Recht darauf zu erfahren, wie
780 sich Steuern, Gebühren und Abgaben zusammensetzen und wofür das Geld verwendet
781 wird. Diese Klarheit ist eine Bringschuld der Politik.

782 Da Gemeinden unter 5.000 Einwohner:innen nicht verpflichtet sind, Informationen

783 nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu erteilen, bleiben die Mehrzahl der
784 Gemeinden in Niederösterreich informationsfreiheitsgesetzliche Dunkeldörfer.
785 Hier schafft die freiwillige Selbstverpflichtung zum Informationsfreiheitsgesetz
786 einen möglichen Weg, mehr Transparenz in die Gemeindepolitik zu bringen.
787 Förderungen, Subventionen und Zuschüsse, die aus dem Gemeindebudget getätigt
788 werden, sind öffentlich einsehbar und nachvollziehbar zu machen. Dazu braucht es
789 aber den Willen und die Bereitschaft der Bürgermeister:innen und des
790 Gemeinderates, sich in die Karten sehen zu lassen und von sich aus für
791 Transparenz zu sorgen.

792 Licht in die personelle Zusammensetzung des Gemeinderates bringt eine offen
793 einsehbare Unvereinbarkeitsübersicht. Bürger:innen können sich dann selbst
794 darüber informieren, wer sie im Gemeinderat vertritt, welche Bezüge mit der
795 kommunalpolitischen Tätigkeit verbunden sind und welche Positionen in weiteren
796 Unternehmen und Vereinen bekleidet werden

797 Auf dem öffentlichen Wohnungsmarkt muss die Vergabe von Gemeindewohnungen
798 nachvollziehbar erfolgen. Ein öffentlich einsehbares Punktesystem stellt sicher,
799 dass Freunderlwirtschaft unterbunden wird. Ein eigens eingerichteter Ausschuss
800 informiert den Gemeinderat unter Wahrung des Datenschutzes über Punktevergabe
801 und die Reihung der Bewerber:innen. Ein weiterer Schritt zu mehr
802 Bürger:innennähe in der Wohnungsvergabe wäre eine online einsehbare
803 anonymisierte Liste, aus der Bewerber:innen erkennen können, wo in der Reihung
804 sie aktuell stehen.

805 Personen in Führungspositionen der Gemeinde und in gemeindeeigenen
806 Gesellschaften heben eine besondere Garantenstellung innerhalb der Gemeinden.
807 Eine mögliche Parteinähe bei der Besetzung ist dabei in ganz Niederösterreich
808 ein Thema, das stets präsent ist. Daher ist bei Besetzung der leitenden
809 Positionen entweder ein öffentliches Hearing im Zuge einer öffentlichen
810 Gemeinderatssitzung durchzuführen oder die Auswahl im thematisch zuständigen
811 Ausschuss zu treffen. Bei Ausschussentscheidungen ist eine nachvollziehbare
812 Begründung an den Gemeinderat zu kommunizieren.

813 Eine transparente Veröffentlichung aller Ausschreibungen von Projekten und
814 Vorhaben in der Gemeinde wäre ebenso wünschenswert, wie eine dokumentierte
815 schriftliche Begründung der Auswahl. Welche Firma bekommt warum den Zuschlag?

816 Die verständliche und nachvollziehbare Darstellung von Abgaben und Gebühren auf
817 Gemeindeebene ist im selben Lichte zu betrachten. Wenn nachvollziehbar ist, was
818 mit diesem Geld geschieht, steigt die Akzeptanz in der Bevölkerung.

819 **Forderungen**

- 820 • Veröffentlichung der Gemeinderatssitzungsprotokolle auf der Gemeinde-
821 Website
- 822 • Offizielle Ausschreibungen und öffentliche Hearings von Führungspositionen

- 823 in der Gemeinde und in gemeindeeigenen Gesellschaften und eine Begründung
824 der getroffenen Auswahl
- 825 • Projektausschreibungen öffentlich mit Begründung der Zuschlagserteilung
- 826 • Gebühren verständlich und nachvollziehbar darstellen
- 827 • Freiwillige Selbstverpflichtung zur Informationsweitergabe wie im
828 Informationsfreiheitsgesetz vorgesehen in Gemeinden unter 5.000
829 Einwohner:innen
- 830 • Förderungen, Subventionen und Zuschüsse veröffentlichen
- 831 • Wohnungsvergabe transparent und nachvollziehbar gestalten
- 832 • Bezüge der Mitglieder des Gemeinderates veröffentlichen und weitere
833 Tätigkeiten klar ausschildern
- 834 • Gemeindeabgaben offen kommunizieren und jährlich evaluieren
- 835 • Teilnahme jeder Gemeinde bei offenerhaushalt.at

836 ***Politiker:innenverantwortung***

837 Ob Gemeinderat, Bürgermeisterin, Landtagsabgeordneter, Nationalrätin oder
838 Bundespräsident, allen Politiker:innen wird von den Wähler:innen ein Mandat auf
839 Zeit erteilt. Politiker:innen sind vom Vertrauen der Wähler:innen abhängig und
840 sollten ihre Arbeit als Dienst an den Bürger:innen verstehen. Allerdings kommt
841 es immer wieder zu Vorfällen, in denen sie aufgrund grober Vernachlässigung
842 ihrer Pflichten Entscheidungen treffen, die massive finanzielle Schäden
843 anrichten. Politiker:innen sollen bei Machtmissbrauch, Misswirtschaft und grob
844 vernachlässigter Planungssorgfalt Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und
845 für Fehlentscheidungen haften – so wie das etwa auch Geschäftsführer eines
846 Unternehmens zu tun haben. Voraussetzung dafür ist, dass ein Schaden entstanden
847 ist und Sorgfaltspflichten verletzt wurden. Gerade nach den jüngsten
848 Korruptionsskandalen muss ein Umdenken erfolgen, bevor das Vertrauen in die
849 Politik noch weiter sinkt. Gerade Niederösterreich hat in diesem Zusammenhang
850 viel zu tun. Die Vorgänge rund um die Veranlagung von Wohnbaugeldern in
851 Niederösterreich waren alles andere als ein Erfolgsmodell. Konsequenzen für die
852 verspekulierten Milliarden hat es aber nie gegeben. Strukturelle Korruption, ein
853 weiterer Sargnagel des Vertrauens in die Politik, passiert aber auch im
854 vermeintlich Kleinen – etwa in Grafenwörth, wo der Bürgermeister bei
855 intransparenten Grundstücksdeals aufgrund von Insiderwissen gut verdient hat.

856 Wir wollen wieder Anstand in die Politik bringen. Auf Gemeindeebene sind Politik
857 und deren Vertreter:innen besonders nahe an den Bürger:innen. Gerade auf dieser
858 Ebene müssen wir einander vorbildhaft mit Respekt und Anstand begegnen, um das

859 Vertrauen wieder zu stärken. Daher ist für NEOS ein Übereinkommen aller im
860 Gemeinderat agierenden Parteien zur Zusammenarbeit und zur sauberen Politik die
861 einzige Basis, um gemeinsam sinnvoll gestalten zu können.

862 **Forderungen**

- 863 • Pakt für saubere Politik als Zeichen, dass es so nicht weitergehen kann

864 **Europa in deiner Gemeinde – vom Großen ins Kleine**

865 Die Europäische Union ist allen Unkenrufen zum Trotz ein Erfolgsmodell. Die
866 Freiheit, der Frieden und der Wohlstand, die wir in den vergangenen Jahrzehnten
867 genießen durften ist in erster Linie auf die europäische Einigung
868 zurückzuführen. Damit die EU aber endlich auch im Herzen niederösterreichischer
869 Gemeinden ankommt, muss sie demokratischer und bürger:innennäher werden. Den
870 NEOS-Ruf nach den “Vereinigten Staaten von Europa” tragen wir auch in die
871 niederösterreichischen Kommunen. Europaweit mit einer echten gemeinsamen Außen-
872 und Sicherheitspolitik, einem selbstbewussten europäischen Parlament, einer
873 effizienten europäischen Regierung und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die
874 Unionsbürger:innen auf Gemeindeebene mit Informationskampagnen über den Nutzen,
875 den die niederösterreichischen Gemeinden aus der EU-Mitgliedschaft Österreichs
876 ziehen. Europa ist für viele Bürger:innen immer noch weit weg. NEOS wollen das
877 langfristig ändern, denn unsere Zukunft liegt in einem gemeinsamen und starken
878 Europa.

879 Niederösterreich erhält EU-Fördermittel für zahlreiche Projekte, besonders im
880 Bereich der Landwirtschaft. Zudem ermöglicht die EU den Zugang zu einem großen
881 Binnenmarkt, was für niederösterreichische Unternehmen, von Vorteil ist. Der
882 Exporthandel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern
883 werden gefördert. Durch die vorhandenen Kooperationen und die entstehenden
884 Synergien ergeben sich neue Handlungsfelder, die Entwicklung neuer Technologien
885 und Forschungsansätze über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg. Das eröffnet neue
886 Perspektiven. Auch der Bildungssektor profitiert von der EU, denn Programme wie
887 “Erasmus+” bieten Studierenden, Lehrlingen und Fachkräften aus Niederösterreich
888 die Chance internationale Erfahrungen zu sammeln und ihre Qualifikationen zu
889 erweitern.

890 Die EU bietet niederösterreichischen Gemeinderät:innen die Gelegenheit, sich als
891 EU-Gemeinderät:innen weiterzubilden und die Idee eines gemeinsamen Europas in
892 die Gemeinden zu tragen.

893 Daher ist es von großer Bedeutung, gerade das aufzuzeigen und der Bevölkerung zu
894 vergegenwärtigen. Dabei haben auf Gemeindeebene die erwähnten EU-Gemeinderäte
895 als Europabotschafter:innen eine besondere Aufgabe – diese muss noch
896 öffentlichkeitswirksamer als bisher wahrgenommen werden, damit die Menschen
897 wissen und sehen, was Europa für sie und ihre Gemeinde tut.

898 **Forderungen**

- 899 • Bekanntnis des Gemeinderates zur Vision eines geeinten Europas – auch
900 durch Eurothemen im Gemeinderat

- 901 • EU-Gemeinderät:innen in allen niederösterreichischen Gemeinden mit
902 regelmäßiger Berichtsmöglichkeit an den Gemeinderat

- 903 • Aktive und transparente Information der Bürger:innen über Projekte und
904 Förderungen der EU in der jeweiligen Gemeinde